

Antrag

**1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle**

AntragsstellerIn: Rasmus Andresen (KV Flensburg)

Tagesordnungspunkt: Verschiedenes

1 **Bundesregierung muss nationaler Verantwortung für Flüchtlinge endlich gerecht werden - Länder und Kommunen müssen finanziell entlastet werden!**

2 Weltweit sind so viele Menschen auf der Flucht wie seit dem Zweiten Weltkrieg
3 nicht mehr. Angesichts weiter schwelender Konflikte und dem Fortdauern von
4 Kriegen wie dem in Syrien, wird sich diese Entwicklung weiter verschärfen. Die
5 Prognose der Asylantragszahlen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge
6 (BAMF) könnte schon bald auf Druck der Länder von 300.000 auf über 500.000
7 korrigiert werden.

8 Angesichts dieser Entwicklungen muss die Bundesregierung ihrer Verantwortung bei
9 der Aufnahme von Flüchtlingen stärker gerecht werden und strukturelle
10 finanzielle Entlastungen für Länder und Kommunen schaffen. Unsere humanitäre
11 Verpflichtung gegenüber den Menschen, die zu uns kommen, wird nicht kurzfristig
12 beendet sein, viele Menschen werden nie wieder in ihre ehemalige Heimat
13 zurückkehren können.

14 Wir Grüne wollen an der Gemeinschaftsaufgabe Flüchtlingspolitik zwischen Bund,
15 Ländern und Kommunen festhalten. Wir wissen: ohne das Engagement und die
16 Kenntnisse vor Ort gibt es keine inklusive und humane Flüchtlingspolitik. Eine
17 dezentrale Unterbringung und der Zugang zu Bildung und Sprachkursen sind zudem
18 elementar für die erfolgreiche gesellschaftliche Teilhabe von Flüchtlingen.

19 Die vom Bund zugesagten Finanzmittel in Höhe von 500 Millionen Euro für die
20 Jahre 2015 und 2016 reichen aber bei weitem nicht aus, um die Situation in den
21 Ländern und Kommunen nachhaltig zu verbessern. Diese Hilfen müssen dringend
22 verstetigt werden. Dies kann nur durch strukturelle Verbesserungen geschehen.

23 Bei der Einführung der Gesundheitskarte steht Bundesgesundheitsminister Gröhe in
24 der Pflicht, endlich den zugesagten gesetzlichen Rahmen zu schaffen, der es
25 interessierten Flächenländern erlaubt, die Gesundheitskarte einzuführen und
26 somit dringend gebotene Verbesserungen in der Gesundheitsversorgung von
27 Flüchtlingen zu gewährleisten. Unser Ziel bleibt weiter die Abschaffung des
28 diskriminierenden Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) und die Integration
29 von Schutzsuchenden in die gesundheitliche Regelversorgung.

30 Bundeskanzlerin Merkel und Vizekanzler Gabriel dürfen es nicht bei nebulösen
31 Ankündigungen zur Kostenübernahme und der Verbesserungen bei der
32 Gesundheitsversorgung belassen. Die Bundesregierung muss den Ankündigungen zur
33 finanziellen Entlastung endlich Taten folgen lassen.
34 Wir Grüne fordern deshalb:

- 35 • stärkere Übernahme der Unterbringungskosten durch den Bund. In einem
36 ersten Schritt durch die Übernahme der Kosten für die Erstaufnahme.
- 37 • Personalaufstockung beim BAMF um angesichts steigender
38 Asylantragszahlen zügige, menschenwürdige und rechtsstaatliche
39 Asylverfahren zu gewährleisten.
- 40 • Asylsuchenden den Zugang zu Sprach- und Integrationsförderangeboten zu
41 ermöglichen und mit den Ländern entsprechende Modelle zu erarbeiten
42 bzw. weiterzuentwickeln.
- 43 • Therapieangebote für schwer traumatisierte Flüchtlinge sicherstellen.
- 44 • Zugang für Flüchtlinge auf den Arbeitsmarkt zu erleichtern.
- 45 • Schaffung eines gesetzlichen Rahmens zur Einführung des
46 Gesundheitskarte

UnterstützerInnen

- Sven Lehmann
- Erik Marquardt